Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Koalitionsausschuss zu Bürgergeld
2. Oxfam-Bericht: Milliardäre in der EU werden immer reicher
3. Wirtschaftsmacht im Abstieg
4. Libertäre Verwirrung für die Bundeswirtschaftsministerin: Merkantilismus als globales Rezept
5. Krieg, Stärke und Geschnetzeltes
6. Beschleunigte Mobilmachung
7. Drehkreuz für Kriegsgerät
8. Nahost-Konflikt und Meinungsfreiheit: Junge Demonstrantin in zweiter Instanz freigesprochen
9. Die Entwurzelung des Westens: Was uns bedroht
10. Verhandlungen zu „Chatkontrolle“ vorerst gescheitert
11. China begrünt den globalen Süden – doch für Netto-Null fehlen 7 Billionen Dollar jährlich
12. KI bedroht mehr als nur Arbeitsplätze
13. Tesla-Werksleiter genervt
14. Weniger Fahrgäste im Nahverkehr als vor Corona
15. Starlink: Schon ein bis zwei Satellitenabstürze pro Tag – bald sind es fünf

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Koalitionsausschuss zu Bürgergeld**

a. **Jobcenter als Besserungsanstalt**
Das Bürgergeld ist bald passé. In Deutschland soll es offenbar wieder darum gehen, vor dem Jobcenter Angst zu haben. […]
Das Wort Bürgergeld wird aus dem Sozialgesetzbuch gestrichen und durch „Neue Grundsicherung" ersetzt. Es gilt der „Vermittlungsvorrang" – das heißt, ein Job, auch in der Zeitarbeit, in einer Lagerhalle, bei einer Putzfirma, gilt als förderlicher, als lange in Weiterbildungsmaßnahmen oder Sprachkursen zu sitzen.
Das Jobcenter erscheint damit als eine Art Besserungsanstalt, die irgendwie zur Arbeit erziehen soll, obgleich ein Anstieg des Missbrauchs von Sozialleistungen statistisch nicht nachweisbar war.
Quelle: taz

b. **Kanzler Merz im ARD-Interview: "Machen Weg für Rückkehr in den Arbeitsmarkt frei"**
Bundeskanzler Friedrich Merz hat im Interview mit dem ARD-Hauptstadtstudio konkretisiert, welche Auswirkungen sich die Regierung von der Reform des Bürgergeldes erhofft. Mit dem Koalitionspartner SPD sei verabredet, dass "wirklich wieder die Vermittlung in den Arbeitsmarkt im Vordergrund steht und nicht die dauerhafte Finanzierung in der Arbeitslosigkeit", sagte Merz.
Er sei sich sicher, dass die SPD-Bundestagsfraktion den Weg mitgehe. "Wir machen jetzt den Weg frei für eine vernünftige und gute Unterstützung für diejenigen, die Unterstützung brauchen, wir machen aber auch den Weg frei für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Das ist das eigentliche Ziel. Wir müssen von denen, die heute im sogenannten Bürgergeld sind, mehr gewinnen, wieder zurückzugehen in den Arbeitsmarkt."
Quelle: tagesschau

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Der Kanzler phantasiert sich Gespenster zusammen. Der Weg in den Arbeitsmarkt war nie verstopft, sondern immer frei; jeder Arbeitslose hat jederzeit eine Stelle finden können – wenn es denn eine Stelle gab, für die er qualifiziert war und die von den Arbeitsbedingungen her passte. Dafür muss es aber erst einmal Stellen geben, und 600.000 oder so offene Stellen für ca. 4 Millionen Arbeitslose reichen halt nicht. Gerade dort aber will Merz nichts ändern: es gibt kein sinnvolles Konjunkturprogramm für mehr Arbeitsplätze, Qualifizierungsmaßnahmen sollen reduziert und Löhne und Arbeitsbedingungen eher verschlechtert werden. Was Merz mit seiner seltsamen Bemerkung wahrscheinlich mitteilen will: dass die Arbeitslosen mit mehr Peitsche unter Androhung härterer Sanktionen dazu gezwungen werden sollen,*

jeden noch so schlechten Job anzunehmen – der berühmte "Tritt in den Hintern", um die (erzwungene) Rückkehr in den Arbeitsmarkt, aber in die prekärsten Jobs "frei zu machen". Selbstredend hat der Moderator nicht nachgehakt, was Merz denn damit meint, "wir machen […] den Weg frei für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt" – wir wissen ja, dass alle Hartz-IV-Betroffenen arbeitsunwillige Faulenzer sind, denen der Staat Beine machen muss. Und die Bemerkung zum "Dach über dem Kopf" muss eindeutig als Drohung verstanden werden, denn die Mietzahlungen sollen nach der vierten "Verweigerung" auch entzogen werden. Ich frage mich, ob Merz dabei auch Kinder, deren Eltern sanktioniert werden, in Sippenhaft nehmen und in die Obdachlosigkeit schicken will; und ich frage mich, ob es in der Koalition tatsächlich genügend viele gewissenlose Karrieristen gibt, die diese asozialen Maßnahmen zum Gesetz machen wollen.

c. **Knallhart-Strafen für Stütze-Bezieher sind alter Reflex: Üblen Trend verhinderten sie nie**
Was nach "Zeitenwende" und einem Einknicken der SPD klingt, ist tatsächlich der alte Reflex: Härte zeigen gegen vermeintliche Verweigerer. Die Koalition verspricht sich davon Milliardeneinsparungen. Aber wer die vergangenen 25 Jahre verfolgt hat, weiß: Das wird wohl nicht passieren. Die ewige Drohung: Wer nicht will, bekommt weniger, hat sich abgenutzt. […]
Die Zahl derer, die aus purer Arbeitsverweigerung künftig in der Grundsicherung bleiben, ist verschwindend gering. Der große Block sind Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, fehlender Qualifikation, familiären Belastungen oder Schuldenproblemen. Härtere Strafen bringen sie nicht in Jobs, sondern in noch größere Distanz zum Arbeitsmarkt.
Zudem sind Sanktionen teuer in der Verwaltung. Jeder Fall muss geprüft, dokumentiert, angehört, notfalls vor Gericht verteidigt werden. Jeder zusätzliche Sanktionsgrad bedeutet Mehraufwand. So paradox es klingt: Mit jeder neuen Verschärfung steigen die Verwaltungskosten.
Quelle: Focus Online
d. **Liebe arbeitende Mitte, was du fühlst, ist die Angst vor dem Abstieg**
Die Bürgergelddebatte ist geprägt von Wut. Oder? Fehlinformationen werden ungeprüft in die Öffentlichkeit getragen, so entsteht der Eindruck, als sei viel Geld einzusparen, wenn nur mehr Druck ausgeübt wird. Als gäbe es noch etwas zu holen bei uns. Und so beginne ich zu verstehen: Es geht nicht um Sozialneid nach unten. Es ist keine Neiddebatte. Sondern eine Abstiegsangstdebatte.
Es geht um Existenzangst, für Arme erschreckender Alltag, die nun in der unteren Mittelschicht ankommt: Ich kann mir immer weniger leisten! Ich habe

Angst, meine Miete nicht mehr zahlen zu können! Die Lebensmittel sind erschreckend teuer geworden.
Wer jetzt meint, Arme wären nicht solidarisch, der irrt. Die meisten Armutsbetroffenen verstehen die Ängste der Mitte besser als mancher Politiker.
Quelle: der Freitag

e. **An die Existenz**
»Wir kehren zum System des Förderns und Forderns zurück und schaffen mit der neuen Grundsicherung eine neue Gerechtigkeit.« Das erste meint Schikane bis zum Hunger, die »neue« Gerechtigkeit ist die älteste. Ihre Formel lautet seit der Antike: »Jedem das Seine«. Das war in der BRD auch nach dem Lagertor von Buchenwald noch so populär, dass es seit 1956 Wahlspruch der sogenannten Bundeswehr-Feldjäger, der Militärpolizei, ist. Was jeweils »das Seine« ist, legen die Linnemanns aller Länder und Zeiten fest: Dem einen gebührt schnelles Sterben, dem anderen ein grotesker Geldhaufen.
In diesem Sinn beschwor Friedrich Merz am 3. Oktober »den neuen Konsens der Gerechtigkeit«, der Verfassungsbruch durch Entzug des Existenzminimums einschließt. Die SPD macht bei der Erfüllung dieses weiteren Programmpunkts der AfD mit. Mehr politischer Selbstmord war nie.
Quelle: jungewelt.de

Anmerkung unseres Lesers A.H.: *Die selbsternannten Parteien der Mitte – sie sollten eigentlich Parteien des extremen Marktes heißen – brechen mit ihrem neuen Gesetzesvorhaben ganz ungeniert das Grundgesetz. Große Teile der betroffenen Bevölkerung werden aus Protest die AfD wählen, ohne sich darüber im Klaren zu sein, dass die AfD hier keine Alternative darstellt, sondern dasselbe fordert, was SPD und CDU jetzt umsetzen. Die SPD dürfte bald zur Kleinstpartei werden. Dann wird es heißen: „Wir haben nicht genug mit den Bürgern kommuniziert."*

2. **Oxfam-Bericht: Milliardäre in der EU werden immer reicher**
Das Vermögen der Superreichen in der EU wächst immer schneller, zeigt ein Bericht. Allein im vergangenen Jahr gab es durchschnittlich alle neun Tage einen Milliardär mehr. Deutschland liegt im globalen Ranking auf Platz vier.
Die Milliardäre in der Europäischen Union werden immer reicher. Wie die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam mitteilte, ist das Vermögen der Milliardäre in der EU in der ersten Jahreshälfte um 405 Milliarden Euro gewachsen. Im März 2025 lebten demnach in der EU 487 Milliardärinnen und Milliardäre, 39 mehr als ein Jahr zuvor. Im vergangenen Jahr gab es damit durchschnittlich alle neun Tage einen

Superreichen mehr in der Europäischen Union.
Quelle: DER SPIEGEL

dazu: **Täglich zwei Milliarden mehr für Reiche**
Oxfam veröffentlichte an diesem Donnerstag Zahlen über das Vermögen von europäischen Milliardär:innen. Bislang erhebt nur ein EU-Land eine Vermögenssteuer. […]
„Statt etwa im sozialen Bereich oder bei der Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen, sollte die Bundesregierung endlich große Vermögen angemessen besteuern“, sagte Manuel Schmitt, Referent für soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland. Nach Angaben von Oxfam erhebt derzeit nur Spanien innerhalb der EU eine Vermögenssteuer. 1990 seien es noch neun Mitgliedstaaten gewesen, darunter auch Deutschland. Zehn EU-Länder verzichteten demnach vollständig auf eine Erbschaftssteuer.
Quelle: taz

3. **Wirtschaftsmacht im Abstieg**
   Mit der Chemieindustrie gerät eine weitere Hauptsäule der deutschen Wirtschaft zunehmend in die Krise. Zentrale Ursachen: Verzicht auf kostengünstiges russisches Erdgas; von Trump erzwungene Zollfreiheit für Importe aus den USA.
   Die anschwellenden Krisenmeldungen aus der deutschen Wirtschaft betreffen nach der Kfz- und der Stahlbranche in wachsendem Maß die Chemieindustrie und damit eine weitere ökonomische Hauptsäule der Bundesrepublik. Laut aktuellen Berichten ist die Produktion der deutschen Chemiebranche im zweiten Quartal 2025 um rund 5 Prozent geschrumpft; insgesamt produziere sie gegenwärtig „so schwach wie 1991“, konstatieren Beobachter. Besonders unter Druck steht sie nicht nur aufgrund günstiger Importe aus China, sondern vor allem, weil der aktuelle Zolldeal der EU mit der Trump-Administration die EU-Zölle auf Einfuhren aus den USA auf Null senkt; US-Chemieprodukte können deshalb nun erfolgreich mit deutschen Gütern konkurrieren. Zudem wirkt sich auch weiterhin aus, dass die deutsche Chemieindustrie kein kostengünstiges russisches Pipelinegas mehr erhält; ihr fehlt damit eine wichtige Grundlage ihrer einstigen, jetzt schwindenden Wettbewerbsfähigkeit.
   Krisenmeldungen kommen auch aus weiteren Branchen; alles in allem ist die deutsche Industrieproduktion im August um 5,6 Prozent gegenüber dem Vormonat eingebrochen. Die EU greift in wachsendem Umfang auf Schutzzölle zurück.
   Quelle: German Foreign Policy
4. **Libertäre Verwirrung für die Bundeswirtschaftsministerin: Merkantilismus als globales Rezept**

Katherina Reiche, die Bundesministerin für Wirtschaft, ich habe schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, hat den Sozialdemokraten in der Regierung den Kampf angesagt, indem sie sich eine Beratergruppe zusammengestellt hat, die man als die Speerspitze des Libertarismus in Deutschland ansehen kann.
Nun hat diese Gruppe (Veronika Grimm, Justus Haucap, Stefan Kolev, Volker Wieland) eine erste Stellungnahme vorgelegt, die – wie könnte es anders sein – zeigt, wes Geistes Kinder sie sind. Man muss das lange Papier nicht lesen. Es genügt absolut, die ersten fünf Seiten anzusehen, um zu erkennen, dass es hier nicht um Wissenschaft, sondern um blanke Manipulation geht.
Quelle: Relevante Ökonomik

5. **Krieg, Stärke und Geschnetzeltes**
So schnell kann es gehen. Frankreich durchlebt eine Regierungskrise, die (in der 5. Republik) beispiellos ist. Dank Macron, „Mozart der Finanzen“, ist das Land verschuldet wie noch nie, pleite wie noch nie, unregierbar wie noch nie, verbittert wie noch nie. An den Ecken und Enden der Gesellschaft brodelt es, nur 14% wünschen ihren Präsidenten noch ins Elysée statt in die Hölle. Die ihm einst zugetane Presse schimpft Macron nun einen „Versager“, Aufrufe zu Rücktritt & Neuwahlen mehren sich, selbst einstige Vertraute & Mitstreiter rücken ab, um sich gegen ihn zu wenden: Edouard Philippe, Gabriel Attal, Alain Minc, Christian Estrosi – und mit der EU-Abgeordneten Valérie Hayer wohl auch die wahrscheinlich „größte Null“, die das macronistische Patronagesystem je hervorgebracht hat (Quelle: frz. Internet).
Und wieder ist es (ausgerechnet) Marine Le Pen, die Macron im entscheidenden Augenblick stützt. Durch Enthaltung blockieren ihre Abgeordneten das Destitutionsverfahren (nach Art. 68), das die Linke für die Nationalversammlung beantragt hatte. Und verhindern damit – wieder!-, dass das frz. Parlament über die Amtsenthebung Macrons überhaupt abstimmen kann.
Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X

6. **Beschleunigte Mobilmachung**
Am Freitag berät der Bundestag in erster Lesung den Entwurf für ein „Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz“ (BwPBBG). Eckpunkte sind: Militärspezifische Aufträge können vergeben werden, „ohne dass (deren) Finanzierung gesichert ist“, zeitaufwändige öffentliche Vergabeverfahren treten hinter der Direktvergabe zurück, bei Ausschreibungen werden die Fristen zum Teil auf wenige Tage gekürzt, Aufträge werden nicht mehr kleinteilig, sondern im Paket vergeben (was vor allem die großen Rüstungskonzerne begeistern wird), Beschwerderechte der zivilen Vertragspartner (zum Beispiel Bau- oder Transportunternehmen) werden weitestgehend gekappt. Alles mit dem Ziel, das Katherina Reiche (CDU), Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, so zusammenfasst: „Wir brauchen mehr

Rüstungsgüter und wir brauchen sie schneller.“
Quelle: unsere zeit

dazu auch: **Warum der Rüstungskeynesianismus scheitern muss: Kein Ausweg**
Für diese zu „Sondervermögen“ umetikettierten Kriegskredite werden in Brüssel unter dem Namen „ReArm Europe“ Zahlen um die 800 Milliarden Euro gehandelt. Das dürfte allerdings nur der Anfang sein. Allein die Bundesregierung will für ihr Vorhaben, Deutschland „wieder“ zur stärksten Militärmacht Europas zu machen, Kredite in Höhe von 900 Milliarden Euro mobilisieren. Von den Rüstungslobbyisten wird ganz offen die Forderung „Kanonen statt Butter“ erhoben. Kritikern dieses abenteuerlichen Kriegskurses wird gern entgegengehalten, dass es sich hier um eine Art „Rüstungskeynesianismus“ handele. Mit den durch diese Schuldenaufnahme ermöglichten Investitionen sei es möglich, Europa – vor allem seine ökonomische Vormacht Deutschland – wieder auf Wachstumskurs zu bringen und zu alter Größe zurückzuführen. Um dieses erstaunliche Argument diskutieren zu können, muss man ein wenig in der Zeit zurückgehen.
Quelle: unsere zeit

7. **Drehkreuz für Kriegsgerät**
   Insgesamt wurden in den letzten 25 Jahren über 800 Millionen Euro an Verlusten im Flughafen versenkt. Zudem wird der Standort im Rahmen des NATO-Projektes SALIS (Strategic Airlift Interim Solution, Strategische Lufttransport-Zwischenlösung) für militärische Lufttransporte genutzt. Die US Army weiß die Kapazitäten für sich zu nutzen. Von hier aus fanden unter anderem die Truppentransporte von und nach Afghanistan und Irak statt. Bis zum Höhepunkt 2009 wurden hier an die 450.000 US-Soldatinnen und -Soldaten transportiert. Dazu kommen etwa 2.000 Abschiebungen, die von Leipzig/Halle aus jährlich durchgeführt werden.
   Um die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, dass über diesen – offiziell zivilen – Flughafen Waffen und andere militärische Güter geliefert werden, darunter nach Israel, fand am 23. August in Leipzig eine Demonstration statt.
   Quelle: unsere zeit
8. **Nahost-Konflikt und Meinungsfreiheit: Junge Demonstrantin in zweiter Instanz freigesprochen**
   Ist die Frage „Haben wir nichts aus dem Holocaust gelernt?“ auch erlaubt, wenn es um Gaza geht? Für das Berliner Landgericht ist sie das.
   Die Frage „Haben wir nichts aus dem Holocaust gelernt?“ ist nicht strafbar – auch nicht mit Blick auf den Krieg in Gaza. Das hat das Landgericht Tiergarten in Berlin am Mittwoch entschieden. In der ersten Instanz war eine Angeklagte dafür wegen

Volksverhetzung noch zu einer Strafe von insgesamt 1.500 Euro verurteilt worden. Gegen das Urteil ging sie in Berufung – und wurde nun freigesprochen.
Quelle: taz

9. **Die Entwurzelung des Westens: Was uns bedroht**
   Weniger als zwei Jahre nach der französischen Veröffentlichung von La Défaite de l'Occident (Der Westen im Niedergang) im Januar 2024 haben sich die wichtigsten Vorhersagen des Buches bewahrheitet. Russland hat die Krise militärisch und wirtschaftlich überstanden. Die amerikanische Rüstungsindustrie ist erschöpft. Die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften stehen kurz vor der Implosion. Die ukrainische Armee ist noch nicht zusammengebrochen, aber die Phase des Zerfalls des Westens ist bereits erreicht.
   Ich habe die russophobe Politik der Vereinigten Staaten und Europas immer abgelehnt, aber als Westler, der sich der liberalen Demokratie verschrieben hat, als Franzose, der in England in der Forschung ausgebildet wurde, als Kind einer Mutter, die während des Zweiten Weltkriegs als Flüchtling in den Vereinigten Staaten lebte, bin ich erschüttert über die Folgen, die der ohne Intelligenz geführte Krieg gegen Russland für uns Westler hat.
   Wir stehen erst am Anfang der Katastrophe.
   Quelle: Emmanuel Todd auf Overton Magazin
10. **Verhandlungen zu „Chatkontrolle" vorerst gescheitert**
    Die EU-Staaten haben erneut keine Einigung auf eine umstrittene „Chatkontrolle" in Fällen von Bildern und Videos mit sexuellem Kindesmissbrauch erzielt. Ein Kompromissvorschlag der dänischen EU-Ratspräsidentschaft fand nicht die ausreichende Unterstützung, wie es gestern Abend aus Diplomatenkreisen hieß. Das Vorhaben werde auch nicht wie vorgesehen beim nächsten EU-Innenministertreffen zur Abstimmung gestellt.
    Das Thema ist damit aber nicht zwingend vom Tisch. Dänemark oder die nächsten EU-Ratspräsidentschaften könnten einen überarbeiteten Vorschlag erneut zur Diskussion stellen.
    Quelle: ORF
11. **China begrünt den globalen Süden – doch für Netto-Null fehlen 7 Billionen Dollar jährlich**
    China ist dabei, sich eine weltweite Führungsposition aufzubauen, indem es grüne Energie als perfektes Verhandlungsinstrument einsetzt. Seine Direktinvestitionen im Ausland, angeführt von der grünen Technologiebranche, stiegen in den letzten drei Jahren auf über 227 Milliarden US-Dollar.
    Laut Bloomberg (Chinas Marschallplan läuft mit Batterien, DD 09. September 2025) entspricht diese Zahl inflationsbereinigt dem Marschallplan der Nachkriegszeit.

Chinas grüne Technologie belief sich allein im Zeitraum 2023/24 auf 138 Milliarden Dollar.
Quelle: pressenza

12. **KI bedroht mehr als nur Arbeitsplätze**
Arbeit bringt nicht nur Geld ein, sondern hat auch Bedeutung für persönliches Wohlbefinden und Gemeinschaftsgefühl. Lassen wir zu, dass KI unkontrolliert Jobs vernichtet, blühen uns erhebliche psychische Folgen und letztlich ein Ende der Massenpolitik.
Die US-Wirtschaft blickt einem Konjunkturabschwung ins Auge. Damit einher gehen höhere Preise, geringere Beschäftigungszahlen und ein langsameres Wirtschaftswachstum als Folgen von Donald Trumps globalem Handelskrieg. Trumps Politik bricht mit der neoliberalen Ordnung und bewegt sich in Richtung eines US-Merkantilismus.
Quelle: Jacobin

dazu auch: **Bank of England warnt vor Platzen der KI-Blase**
Die Notenbank in London warnt mit Nachdruck vor Risiken für die globalen Finanzmärkte. Diese könnten einbrechen, wenn sich die Stimmung der Anleger hinsichtlich der Aussichten für künstliche Intelligenz (KI) eintrübe, erklärte die Bank of England (BoE) gestern.
Die Aktienbewertungen auf den US-Märkten ähnelten in einigen Kennzahlen denen nahe dem Höhepunkt der Dotcom-Blase nach der Jahrtausendwende.
Quelle: ORF

13. **Tesla-Werksleiter genervt**
„Passt auf, wo macht ihr euer Kreuz?“ André Thierig ist Leiter des Tesla-Werks im brandenburgischen Grünheide. Auf einer Betriebsversammlung warnte er die Beschäftigten davor, bei den kommenden Betriebsratswahlen für die IG Metall zu stimmen. Das „Handelsblatt“, dem eine Aufzeichnung seiner Rede vorliegt, zitierte Anfang der Woche einige seiner Aussagen, die als Versuch direkter Beeinflussung gewertet werden können.
Quelle: unsere zeit
14. **Weniger Fahrgäste im Nahverkehr als vor Corona**
Günstigere Tickets hatten dem Nahverkehr nach der Pandemie mehr Kunden beschert. Das scheint vorbei zu sein. Mittlerweile fahren weniger Menschen mit Bussen und Bahnen.
In Deutschland fahren weniger Menschen mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als noch vor der Coronapandemie. Im vergangenen Jahr waren laut

Statistischem Bundesamt 11,5 Milliarden Fahrgäste mit dem Liniennahverkehr unterwegs. Vor 2019 waren es zwei Prozent mehr. Damit scheint der Boom durch das Deutschlandticket vorerst vorbei.
Quelle: Zeit Online

15. **Starlink: Schon ein bis zwei Satellitenabstürze pro Tag – bald sind es fünf**
Fast 10.000 Starlink-Satelliten sind im Erdorbit, täglich stürzen ein bis zwei davon ab und mehr wird erwartet. Das könnte etwa die Ozonschicht beeinflussen.
Jeden Tag stürzen bereits ein bis zwei Starlink-Satelliten ab. Wenn andere Megakonstellationen wie geplant aufgebaut werden, dürfte die Zahl der verglühenden Satelliten auf insgesamt fünf steigen – jeden Tag. Das geht aus Zahlen und Prognosen des Astrophysikers Jonathan McDowell vom Harvard Smithsonian Center for Astrophysics hervor, wie der Satellitenexperte gegenüber dem Onlineportal EarthSky erläutert hat. Dadurch steige auch die Gefahr einer Kollision im Erdorbit mit unkontrollierbaren Folgen, wenn die Trümmer neue Kollisionen auslösen und letztlich unzählige Satelliten zerstören können (“Kessler-Syndrom”). Zudem sind die Folgen der zunehmenden Abstürze für die Erdatmosphäre und das Risiko für die Erdoberfläche höchstens abzuschätzen.
Quelle: Heise Online